



Menschenrechte brauchen Verbindlichkeit

„Schafft Recht
und Gerechtigkeit.“

Mit diesen Worten kritisiert der Prophet den König Judas Jojakim, der seinen Palast durch Zwangsarbeit und Gewalt erbauen ließ. Gott möchte, dass jenen, die ausgebeutet und unterdrückt werden, Recht und

Gerechtigkeit zuteilwird. Er fordert uns zur Parteinahme für die Armen und Unterdrückten auf, und ökologischen Standards in der Produktion einhergeht.



Foto: Petra Weizel

Ausbeutung und Zwangsarbeit gibt es auch heute noch, z.B. auf Palmöl- und Kakaopflanzungen oder in der Textil- und Elektronikproduktion. Seit 2005 wurde deutschen Unternehmen in 280 Fällen vorgeworfen, Menschenrechte in ihren Lieferketten verletzt zu haben. Es braucht verbindliche Regeln für Unternehmen, um diese Missstände zu beheben.

Untragbar: Mode auf Kosten von Menschenleben und Menschenwürde

Der Fall Ali Enterprises

2012 brannte die Textilfabrik Ali Enterprises in Pakistan. 258 Menschen kamen ums Leben. Die Arbeiter*innen erstickten oder verbrannten, weil viele Fenster vergittert und Notausgänge verschlossen waren. Das deutsche Unternehmen Kik war wichtigster Kunde der Fabrik und hätte besseren Brandschutz durchsetzen können.

Die Lieferkette im Blick

Ausbeuterische Arbeitsbedingungen finden sich entlang der gesamten textilen Kette – vom Baumwollfeld bis zur Altkleiderentsorgung. Im indischen Bundesstaat Gujarat etwa arbeiten Kinder, um Baumwollsaatgut herzustellen. Beschäftigte, die Baumwolle entkernen, arbeiten in 12-Stundenschichten unter ohrenbetäubendem Lärm und ohne ausreichenden Arbeitsschutz.

Die textile Lieferkette



Automobile: Unrecht für begehrte Rohstoffe

Die deutsche Automobilindustrie benötigt große Mengen an Rohstoffen, u.a. Platin und Stahl. Ihre Gewinnung ist oft mit Unrecht verbunden.

Platin aus Südafrika

Niedrige Löhne und Leben in Slums: Diese Missstände führten im südafrikanischen Marikana 2012 zu massiven Protesten von Arbeiter*innen einer Platinmine. Ihr Streik wurde blutig niedergeschlagen und kostete 34 Arbeiter*innen das Leben. BASF war zu diesem Zeitpunkt Hauptabnehmer des Platins dieser Mine und bezieht noch heute den Rohstoff von dort. Die Situation der Arbeiter*innen hat sich nicht verbessert.

Stahl aus Brasilien

Im Januar 2019 brach der Staudamm eines Rückhaltebeckens der Eisenerzmine der Firma Vale in Brasilien. Der Dammbbruch löste eine riesige Schlammlawine aus. Mindestens 246 Menschen starben. Flüsse und Trinkwasser wurden verseucht. Eine Tochterfirma des TÜV Süd inspizierte kurz zuvor den Damm und erklärte die Anlage für sicher.



Fotos: Ricardo Sturk, Movimento dos Atingidos por Barragens



Palmöl: Grünes Öl mit verheerenden Folgen

Weltweit wächst die Nachfrage nach Palmöl rasant. In vielen unserer Alltagsprodukte ist Palmöl enthalten, z.B. in Margarine, Keksen, Tütensuppen, Kosmetika und Kerzen.

Indonesien: Regenwälder brennen für Ölplantagen

Die Ölpalme benötigt tropisches Klima, für ihren Anbau wird daher großflächig Tropenwald gerodet. In Indonesien, dem größten Palmölproduzenten weltweit, wird das Ausmaß besonders deutlich. 2015 und 2019 wüteten schwere Waldbrände in weiten Teilen des Landes. Für Plantagen trockengelegte Torfmoore geraten leicht in Brand und tragen so zur Katastrophe bei. Teils wurde Wald illegal für Palmölanbau in Brand gesetzt. Die riesigen Rauchschwaden schädigen die Gesundheit vieler Menschen. Der freigesetzte Kohlenstoff entweicht als klimaschädliches CO₂ in die Atmosphäre.



Gefährlicher Pestizideinsatz

Schäden für Umwelt und Gesundheit entstehen auch durch den Einsatz von Pestiziden. So ist in Indonesien das Herbizid Paraquat erlaubt, das zu Vergiftungen führen und Nieren und Leber schädigen kann. Die Arbeiter*innen erhalten im Regelfall keine Schutzkleidung oder Schulungen über die richtige Anwendung der Chemikalien.

Anbaufläche für Ölpalmen in Indonesien (in ha)



Es braucht einen gesetzlichen Rahmen

Langjährige Erfahrungen zeigen, dass freiwillige Unternehmensinitiativen Menschenrechtsverstöße und Umweltzerstörung nicht verhindern. Ein Gesetz würde Unternehmen verbindlich verpflichten, Menschenrechte und Umweltstandards in ihren Auslandsgeschäften zu achten. Indem es gleiche Regeln für alle schafft, kann es die Geschäftspraktiken von Unternehmen verändern.

Ein Lieferkettengesetz verpflichtet Unternehmen zur menschenrechtlichen Sorgfalt. Diese ist in den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte als Prozess beschrieben.



Engagiert Euch: Initiative Lieferkettengesetz



Bischof Jo Seoka, aus Pretoria, Südafrika, engagiert sich an der Seite der Minenarbeiter von Marikana in deren Kampf um Gerechtigkeit, hier bei der Aktionärsversammlung von BASF 2019.

Wir sind der Überzeugung, dass es deutlich strengere Gesetze zur Regulierung von Lieferketten braucht. Andernfalls neigen Unternehmen dazu, das eine zu sagen und das andere zu tun. Das zeigt auch unsere Erfahrung aus Gesprächen mit BASF zu der Situation an der Platinmine in Marikana."

Die Initiative Lieferkettengesetz tritt ein für eine Welt, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstörung vermeiden – auch im Ausland. Engagierte aus Kirchen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen nutzen die aktuelle politische Chance auf Veränderung und machen sich stark für ein Lieferkettengesetz. Mach auch Du mit!



Eine Ausstellung von SÜDWIND, Brot für die Welt und Misereor in Zusammenarbeit mit Einrichtungen aus Diözesen und Landeskirchen in NRW.

Gefördert durch die

